

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	23.05.2013
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	198/2013-2
Stand	27.03.2013

Betreff Mitteilung betr. Beteiligung der Kommunen mit Hochspannungsleitungen an der Gewerbesteuer

Sachverhalt

Der Rat der Stadt Bornheim hat in seiner Sitzung am 24. Januar 2013 beschlossen, sich der Resolution des Rates der Gemeinde Alfter zur Gewerbesteuer für Kommunen mit Hochspannungsleitungen anzuschließen und sich ebenfalls dafür auszusprechen, das Gewerbesteuergesetz dahingehend zu ändern, dass bei der Zerlegung der Gewerbesteuer von Energieunternehmen künftig auch Kommunen berücksichtigt werden, auf deren Gebiet sich Hochspannungsleitungen des Unternehmens befinden.

Der Rat hat zugleich den Bürgermeister beauftragt, diesen Beschluss an den Städte- und Gemeindebund, die Fraktionen des Deutschen Bundestages, das Finanzministerium NRW und das Bundesministerium für Finanzen zu übermitteln und um Unterstützung dieses Anliegens zu bitten.

Dieser Auftrag wurde vom Bürgermeister mit Schreiben vom 12. Februar 2013 umgesetzt.

Das Finanzministerium NRW hat zu dem Sachverhalt mit Schreiben vom 3. April 2013 Stellung genommen.

In dem Schreiben wird zunächst ausgeführt, dass seitens des Finanzministeriums NRW für das vorgetragene Anliegen Verständnis bestehe, da der für die Energiewende erforderliche Netzausbau für die betroffenen Anwohner ohne Zweifel eine erhebliche Belastung darstelle.

Gleichwohl vermag das Finanzministerium NRW den Vorschlag mit Blick sowohl auf dessen Administrierbarkeit als auch in Relation zu den erwarteten finanziellen Vorteilen für die Kommunen nicht zu unterstützen.

Ergänzend wird auf die schriftlichen Ausführungen des Finanzministeriums NRW verwiesen, die der Vorlage beigelegt sind.

Anlagen zum Sachverhalt

Schreiben des Finanzministeriums NRW vom 03.04.2013